

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Stromgesetz – Was kostet es uns?
von Hans Kaufmann

Seite 2

Kanton Zürich

Föderalismus als Grundlage des schweizerischen Erfolgs
von Tobias Weidmann

Seite 3

Aktuell

Sozialdienst Bezirk Pfäffikon trickst Demokratie aus
von Reinhard Wegelin

Seite 5

Parlamentsgemeinden

Winterthur: Verstaatlichter Wohnungsmarkt?
von Daniel Oswald

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

1. Mai, Meilen: Der Wolf, Feind oder nützlich?

Seite 8

LEHREN FÜR DIE POLITIK

Der April macht, was er will!

Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt, sagt eine geläufige Redensart. Der aktuelle Monat bestätigte dies, doch gibt es auch über ihn schon Bauernregeln, welche auf solche Kapriolen warnend hinweisen. Trotzdem bleibt in Bezug auf die Zukunft immer eine grosse Komponente an Unbekanntem und gar der Überraschung, auf welche man sich nie exakt vorbereiten kann.



Kantonsratslauf 2024: Der Wintereinbruch machte den Läufern, angeführt von Domenik Ledergerber, trotzdem keinen Strich durch die Rechnung. Ein gutes Beispiel für Resilienz und die Fähigkeit, frühmorgens eine Mehrleistung zu erbringen. Bild: ZVG

Hätte jemand vor zwei Wochen orakelt, dass der Böögg nicht angezündet werden kann, dann hätte man dies noch mit einem ungläubigen Lachen quittiert. Dasselbe hätte vor einer Woche noch für einen Kantonsratslauf im kalten Schneeregen gegolten. Nun ja, diese beiden Beispiele sind harmlos und ausser einem Traditionsbruch und Kantonsräten in langen Unterhosen und Zipfelmützen ist nichts weiter passiert. Auf die Überraschungen wurde gut reagiert und das Beste aus den unerwarteten Situationen gemacht.

Bewährte Neutralität

Die Beispiele illustrieren auf witzige Art das Zusammenspiel von Erfahrung

gen und Prognosen, welches dann zu Entscheidungen führt. Die Bedeutung der Geschichte kann hier nicht genug betont werden! Sie erlaubt das günstige und ungefährliche Lernen aus vergangenen Fehlern. Andererseits gibt es die Auswertung von Indikatoren der Gegenwart, welche auf die zukünftigen Entwicklungen hinweisen. Das Parteiprogramm der SVP etwa beinhaltet die Erfahrungen vergangener Jahrhunderte, aber auch die neuesten Erkenntnisse der Gegenwart und Erwartungen an die Zukunft.

Die Auswertung und Interpretation von Erkenntnissen aus Vergangenheit und Gegenwart ist eine individuelle Sache, die wir täglich machen. Sei es

für einen persönlich, im Unternehmen oder eben in der Politik. Die Wahlen sind jeweils eine Momentaufnahme dieser Lagebeurteilungen und man wählt bewusst jene Politik, die für die gewünschte Zukunft steht. Die meisten Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wählen die SVP und vertrauen der realistischen Politik, welche grossteils von geerdeten Unternehmern und Bauern geformt und umgesetzt wird.

Alles basiert auf Sicherheit

Neben Freiheit und Unabhängigkeit steht die Sicherheit im Zentrum der SVP-Politik. Sicherheit garantiert das Recht am Eigentum und die Unversehrtheit von Land und Leuten. Das effekti-

ve Sicherheitsinstrument der Schweiz, oder wie beim Appenzeller-Käse das «Geheimnis», ist die immerwährende Neutralität seit 1815, auch wenn es gewissen progressiven Kreisen nicht in den Kram passt. Geschichtlich ist es nach über 200 Jahren äusserem Frieden wohl bewiesen.

Für die Gegenwart und Zukunft ist es daher immer noch das beste Instrument, da es der Schweiz maximalen Handlungsspielraum erlaubt. Mit anderen Worten: Wir entscheiden selbst, wann wir die «langen Unterhosen» bei Schlechtwetter anziehen. Doch dies bedingt auch, dass wir etwas zum Anziehen haben.

Marketing mit den eigenen Stärken

Die bewaffnete Neutralität ist nicht ein Rosinenpicken, sondern eine Königsdisziplin für einen, zumindest flächenmässig, kleinen Staat wie die Schweiz. Die völkerrechtliche Vorbildfunktion der Schweiz kann nicht nur zum Wohle der Menschheit genutzt werden, sondern vor allem für den eigenen Standort und die Sicherung der Zukunft. Damit ist auch die Neutralitätsinitiative ein nicht zu unterschätzendes Anliegen in einer immer verrückteren und sich auf das Scheitern hinbewegenden Welt.

Die SVP muss ihre Mission fortsetzen und die Schweiz muss endlich lernen, ihre eigenen Stärken besser zu vermarkten, anstatt die Schwächen offenzulegen. Das etwas andersartige Modell Schweiz ist immer noch interessanter für die Menschheit als ein weiterer normierter und langweiliger Durchschnittsstaat.

Fähigkeiten, wie verschiedene Sprachgruppen partizipieren zu lassen, direkt demokratische Prozesse zu leben und

eine innovative Wirtschaft stets weiterzuentwickeln, sind ein Trumpf für die Zukunft. Haben wir den Mut, zu uns selbst zu stehen, auch wenn es mal unbequem ist.

Konsequenzen für die Sicherheitspolitik

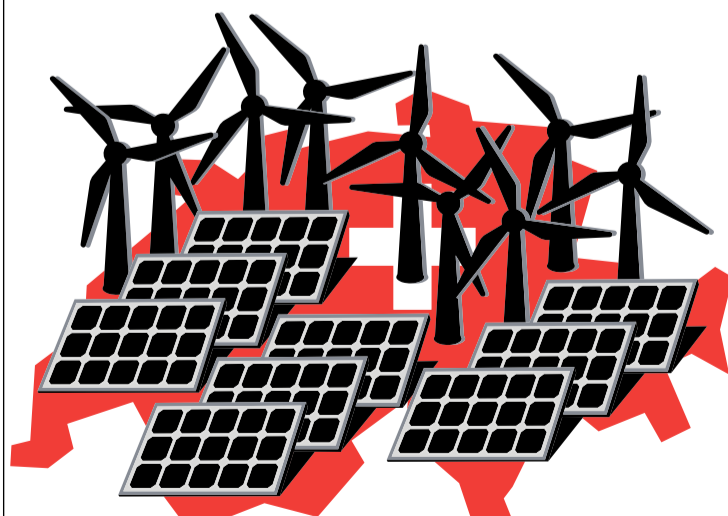
Die Lehren der Geschichte und die aktuelle Lage zeigen deutlich auf, dass das Wetter momentan umgeschlagen hat und sich militärisch noch verschlechtern wird.

Die gefährliche Kombination von «reich und schwach», welche auf die Schweiz zutrifft, macht es nicht einfacher, auf Überraschungen reagieren zu können. Analog zum Kantonsratslauf bedeutet dies, neben der erforderlichen Fitness nun auch noch die nötige Ausrüstung für Schlechtwetter dringendst zu beschaffen! Die aktuelle Umfrage der ETH Zürich zur Sicherheit zeigt, dass die Bevölkerung eine starke Armee will. Doch nun muss es die Politik umsetzen.

Die SVP ist ein verlässlicher Wert bei der Bewältigung dieser Herausforderung und ein Engagement auf allen Stufen ist gefragt, um wenigstens eine minimale Vorbereitung auf die potenziellen Bedrohungen zu erlangen. Die Weltlage können wir nicht direkt beeinflussen, aber wir haben die Verantwortung, uns richtig auf das schlechtestmögliche zu Erwartende vorzubereiten, sei es persönlich oder politisch.





Daniel Wäfler
Kantonsrat SVP
Gossau



Solar- und Windkraft-Zwang?

Stromgesetz

NEIN

GOAL GLOSSAR

Q
Klarheit

Klarheit

abgeleitet von klar; <lat.> clarus – «klar, glänzend, hell»

Damit eine Kampagne erfolgreich sein kann, muss sie eine klare Aussage haben. Denn nur so lassen sich die Wählerinnen und Wähler überzeugen, motivieren und gewinnen. Und nur so winkt am Ende ein «glänzender» Abschluss.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
 AG für Werbung und Public Relations
 Wir wollen Ihren Erfolg



Christoph Mörgeli

Neutralität als Schweizer Talisman

An der Generalversammlung der NZZ sprach Chefredaktor Eric Gujer zu den freisinnigen Aktiven die folgenden Worte: «Der NATO sind wir zu neutral; für Russland und China sind wir zu wenig neutral. Wenn die Neutralität ausser uns niemand wirklich achtet, ist sie kein Schutz, sondern Belastung.» Neutralität als Belastung? Der Bundesrat sieht es leider ähnlich und hat 2022 seine verfassungsmässige Pflicht beiseitegeschoben. Darum bezeichnet der Aussenminister der Atomkraft Russland heute die Schweiz als «offen feindseliges Land». 1861 veröffentlichte die «NZZ» eine vielbeachtete Rede des Freisinnigen Alfred Escher: «Das Schicksal der Schweiz liegt nicht am wenigsten in ihrer eigenen Hand. Der Talisman, unter dessen schützender Obhut sie am ehesten durch alle Klippen, welche sich ihr bei der wechselvollen Gestaltung der politischen Verhältnisse Europas entgegentürmen können, hindurchzusteuern vermögen wird, heisst Neutralität.» Der politische Heissporn Gottfried Keller entgegnete Escher im Zürcher Intelligenzblatt scharf. Er fand, dieser habe die Neutralität im Streit gegen Frankreich um Savoyen zu stark betont. Der Literat wäre lieber mit allen Soldaten und Waffen gegen den französischen Kaiser Napoleon III. ins Feld gezogen. Was unweigerlich in einer Katastrophe hätte enden müssen und den jungen schweizerischen Bundesstaat wohl zum Einsturz gebracht hätte. Im Alter erkannte Gottfried Keller seinen früheren Neutralitäts-Irrtum in jener «kritischen Stunde». Er würdigte den überlegenen staatsmännischen Weitblick von Alfred Escher. Und bekannte, dass Escher mit seinem Bild der Neutralität als Talisman recht gehabt hatte. In der «NZZ» hielt Keller fest: «Alfred Escher war ein Mann des Friedens, nicht um jeden Preis, aber stets ein Gegner dessen, was nach gefährlichem und törichtem Mutwillen aussah.» In der Neutralitätsfrage wird die Schweiz in Zukunft viel Klugheit brauchen, um ihre heutige Dummheit auszugleichen. Denn bezüglich Neutralität sind die ewig Gestrigen weit weniger gefährlich als die ewig Morgen.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOM 9. JUNI 2024

Stromgesetz – Was kostet uns das?

Einmal mehr wird den Stimmbürgern am 9. Juni 2024 eine Vorlage zur Abstimmung vorgelegt, über deren finanzielle Auswirkungen Unklarheit herrscht. Bereits heute sind die Studien und Zahlen, die im Abstimmungskampf diskutiert werden, veraltet. Nur eines ist klar: Die Dekarbonisierung wird signifikant teurer als versprochen.

Hans Kaufmann
Alt Nationalrat SVP
Wettswil am Albis

Wer die Botschaft des Bundesrates oder das Bundesgesetz «über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» durchforstet, findet zwar viele Zahlen, aber daraus lassen sich keine auch nur einigermaßen plausible, aktuelle Investitions- und Unterhaltsbeiträge ableiten.

Veraltete Zahlen

Für die offiziellen Kostenschätzungen muss man auf veraltete Bundespublikationen wie jene des Paul-Scherrer-Instituts vom März 2021 oder die «Energieperspektiven 2050+» vom November 2020 zurückgreifen. Erstere schätzt die Kosten der Dekarbonisierung des schweizerischen Energiesystems in den Jahren 2020 bis 2050 ab. In ihrem Hauptszenario rechnet das PSI je nach technischer Entwicklung und klimapolitischem Umfeld in Europa und der Welt mit jährlichen Pro-Kopf-Beträgen zwischen 200 Franken, also total 1,8 Milliarden Franken, und 860 Franken, sprich total 7,7 Milliarden Franken. Über 25 Jahre bis 2050 gerechnet bedeutet dies einen Finanzaufwand zwischen 45 und 192 Milliarden Franken. Aber der Zahlensalat beruht auf dem Preisstand 2010. Seither sind 14 Jahre verstrichen. Die Bau- und Rohstoffpreise wie auch die Löhne sind seither deutlich angestiegen.

Auch die Kostenberechnungen der «Energieperspektive 2050+» basieren auf fraglichen Annahmen und veralteten Preisen aus dem Jahr 2017. Je nach Szenario sollen bis 2050 Investitionen von 109 bis 121 Milliarden anfallen. Dazu kommen in den 30 Jahren Betriebs- und Unterhaltskosten von 10 bis 15 Milliarden.

Verdopplung der Investitionskosten

Die Perspektivstudie soll anhand von Szenarien aufzeigen, dass die gesetzten Ziele technisch erreichbar und die

dafür nötigen zusätzlichen Investitionen bis 2050 tragbar seien. Die Kosten lägen nur acht Prozent oder 109 Milliarden höher als die 1400 Milliarden, die bis dahin ohnehin für die Erneuerung und den Ersatz der Elemente des Energiesystems anfallen. Auf die Investitionskosten, die bei den Haushalten, den Hausbesitzern, in der Industrie zur Umstellung auf erneuerbare Energien anfallen werden, wird nicht eingegangen. Und woher diese Milliarden, die sich wohl bis 2050 mehr als verdoppeln werden, kommen sollen, auch darüber findet man in beiden Studien kein Wort. Selbst wenn die Teuerung nur 2% beträgt, werden die Preise des Jahres 2017 bis 2050 um 92 Prozent zulegen. Die Energie-Lobby geht zudem davon aus, dass die Zulieferung von kritischen Materialien, Windrädlerflügel, Solarpanels oder Batterien aus China jederzeit und zu bezahlbaren Preisen gewährleistet sei.

Woher kommt das Kapital?

Es sollen keine neuen Abgaben anfallen. Der Netzzuschlag, mit dem die Förderinstrumente zum Ausbau der erneuer-

baren Energieproduktion finanziert werden, soll wie bisher bei 2,3 Rappen pro Kilowattstunde bleiben. Effektiv wird jedoch die Frist des zeitlich begrenzten Zuschlags verlängert und es wird allenfalls ein Winterzuschlag erhoben. Dass die Kosten für die unzähligen Subventions- und Investitionsbeiträge über die Steuern und höhere Strompreise bezahlt werden, wird unterschlagen. Anfänglich werden die Teilprojekte des wohl 200-Milliarden-Franken schweren Mantelerlasses vermutlich ohne grosse Probleme finanzierbar sein. Aber wenn die traditionellen Finanzierungsquellen wie Banken, Anlagfonds und Pensionskassen einmal erschöpft sind, dann steigen die Kapitalbeschaffungskosten. Infrastrukturfonds und Verbriefungen künftiger Erträge werden von professionellen Anlegern oft gemieden, weil solche illiquiden Instrumente den Handlungsspielraum wegen langer Kündigungsfristen einengen und in Stressphasen kaum handelbar sind. Auch die Aufstockung der Eigenmittel der Energiekonzerne ist problematisch, denn sie gehören mehrheitlich der öffentlichen Hand, die nicht

über die notwendigen freien Milliarden verfügt.

Wohlstand stagniert

Einiges in der Energievorlage des Bundes erscheint vernünftig und erstrebenswert. Aber insgesamt gehört sie zurück an den Absender.

Nicht nur werden die Kosten vermeintlich, es ist auch nichts Konkretes über einen Ausbau der Kernenergie oder die Reduktion der Einwanderung, die zu einer starken Zunahme der Elektrizitätsnachfrage geführt hat, darin enthalten. Und noch etwas: Die Behauptung in der «Energieperspektive 2050+», dass das Schweizer BIP trotz des Energieumbaus bis 2050 jährlich um ein Prozent zulegen werde, ist keineswegs erfreulich, wie suggeriert wird, denn dies bedeutet eine Halbierung des Wachstums.

Pro Kopf gerechnet ist es wegen der hohen Einwanderung noch weniger. Trotz des Corona-Rückschlags nahm das reale BIP der Schweiz in den letzten zehn Jahren bis 2023 um durchschnittlich 1,8 Prozent pro Jahr, in den zehn Jahren zuvor sogar um 2,2 Prozent zu. Das Wirtschaftswachstum halbiert sich, unser Wohlstand stagniert und die Befürworter des Mantelerlasses schreien: Hurra!



Die geplanten Teilprojekte des Mantelerlasses allein werden 200 Mrd. Franken verschlingen.

Bild: Wikipedia

IWP-BERICHT ZU DEN NEGATIVEN FOLGEN DER ZUWANDERUNG

Wissenschaft, die tatsächlich Wissen schafft

Diese Woche hat das Institut für Wirtschaftspolitik in Luzern (IWP) seinen neuen Bericht «Arbeitsmigration in die Schweiz: Die wichtigsten Erkenntnisse zu Bevölkerungswachstum, Wohlstand, Sozialstaat & Co» veröffentlicht. Der Bericht bestätigt: Die negativen Folgen der starken Zuwanderung in die Schweiz seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind nicht mehr zu ignorieren.

DR. Die Zuwanderung ist kein uneingeschränkter Segen für die Schweiz, wie uns Linksgrün und die Wirtschaftsverbände seit Jahren weismachen wollen. Die wissenschaftlichen Studien, die sich dem Thema widmen, zeichnen ein ganz anderes Bild.

Fakten statt Fake

Viele Mythen bestimmen heute die Zuwanderungsdebatte. So wird behauptet, mittels Zuwanderung liesse sich die AHV finanzieren. Tatsächlich, so stellen die Luzerner Forscher fest, beziehen ausländische AHV-Bezüger heute 193 Prozent der einbezahlten Gelder. Bei ihren Schweizer Kollegen sind es 183 Prozent. Auch die Behauptung, die Schweiz habe wirtschaftlich von der Zuwanderung profitiert, erhält zunehmend Risse. Viele Länder mit signifikant geringerer Einwanderung überflügelten die Schweiz beim Produktivitätswachstum. Da die Zuwanderung wiederum Einwanderung nach sich zieht, ist sie nicht geeignet, einen allfälligen Fachkräftemangel zu lösen.

Negative Effekte

Viele Menschen empfinden die Überlastung der Infrastruktur als dringendstes Problem der Zuwanderung: Stau auf den Strassen. Die Autoren stellen fest, dass dieses Phänomen bislang von der Schweizer Wissenschaft kaum erforscht wurde.

Tatsächlich gehen die negativen Effekte der übertriebenen Zuwanderung weit darüber hinaus. Zu wenig beachtet wird, dass Zuwanderung zu einem Reformstau führt, denn dringend nötige Reformen, z.B. bei AHV und Bildung, lassen sich durch Zuwanderung temporär überbrücken. Die Luzerner Forscher schreiben: «Die Schweiz bildet zu wenig Ärzte, Pflegepersonal und Handwerker aus und rekrutiert die fehlenden Berufsprofile im Ausland. Besser wäre es, den Mismatch zwischen den Bildungsabschlüssen und der Nachfrage des Arbeitsmarktes zu verringern.»

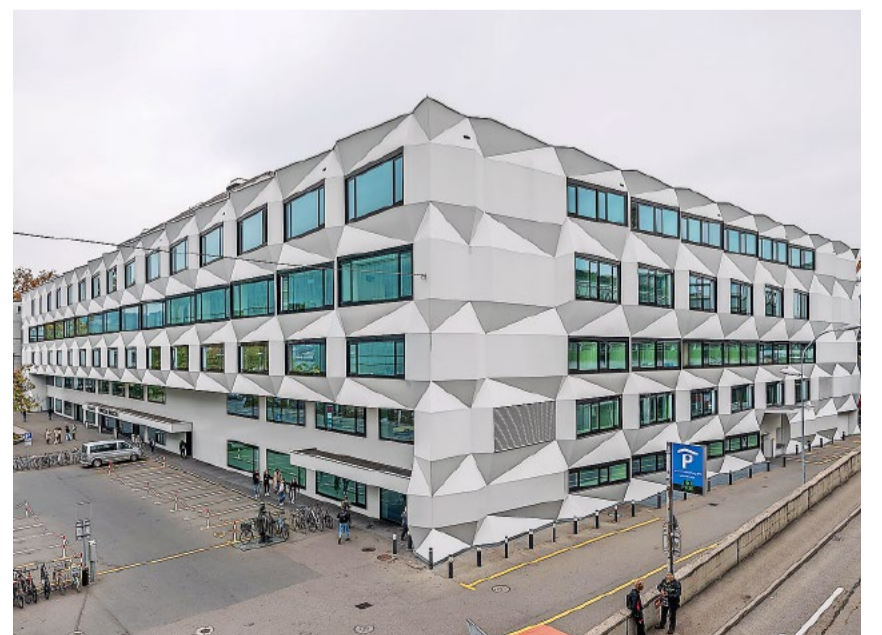
Wissenschaftliche Omerta

Der Bericht kritisiert, dass die negativen Effekte der Zuwanderung und Al-

ternativen zur aktuellen Zuwanderungspolitik bisher kaum erforscht wurden. Dies ist kein Wunder, dient doch ein

Grossteil der öffentlich finanzierten Sozialforschung der Bestätigung linker Ideologien. Forschung, die diese infrage stellen könnte, wird tunlichst vermieden.

Das privat finanzierte IWP in Luzern bildet hier eine begrüssenswerte Ausnahme, die die Regel bestätigt.



Das IWP an der Universität Luzern hat sich innerhalb kürzester Zeit als feste Adresse in der Schweizer Wirtschaftsforschung etabliert.

Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTONS RAT

Kreislaufwirtschaft: Linksgrün möchte Planwirtschaft statt Unternehmertum

Ein dringliches SVP-Postulat forderte eine Neubeurteilung der Bürobedarfsplanung angesichts von Homeoffice und Teilzeitarbeit und zwei Objektkredite segelten trotz Kritik durch. Mit dem Postulat zur Kreislaufwirtschaft möchte Linksgrün die Aufblähung des Staatsapparats weiter voranbringen.



Abnehmender Bürobedarf: Homeoffice ist in vielen Berufen heute Standard.

Bild: Pexels.com



René Isler
Kantonrat SVP
Winterthur

Gleich zu Beginn der Sitzung stand das dringliche Postulat «Neubeurteilung der Bürobedarfsplanung durch das Immobilienamt» auf der Traktandenliste. Das Geschäft, welches 2021 von unseren Parteipräsidenten, Domenik Ledergerber, eingebracht worden war, verlangte vom Regierungsrat eine Neuausrichtung des Bürobedarfes.

Mehr Homeoffice und Teilzeitarbeit
Kern des Anliegen war und ist es, den Raumbedarf im Zuge vom Homeoffice und vermehrter Teilzeitarbeit neu zu beurteilen und für künftige Neubauten auf maximal 11,6 Quadratmeter pro Mitarbeiter zu begrenzen. Kollege Ledergerber brachte es auf den Punkt, als er meinte, der Zielwert der Regierung sei auf gutem Weg, jedoch werde dieser infolge Homeoffice und Teilzeitarbeit mit dem Faktor 0,8 zu schwach gewichtet. Deshalb wünsche die SVP-Fraktion bei zukünftigen Immobilienstrategien ein Reporting über den Homeoffice-Anteil über sämtliche Direktionen. Auch wenn die SVP die Stossrichtung begrüsst, sehe man nach wie vor grosses Potenzial, den Flächenverbrauch der Mitarbeiter der Verwaltung nachhaltig zu verringern.

Die SVP-Fraktion stellte deshalb den Antrag, dass dringliche Postulat mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben.

Unumstrittene Objektkredite

Schon beinahe harmonisch verlief dann die Behandlung des Regierungsantrages bezüglich «Objektkredit Umbau der Shedhallen, Wädenswil, zugunsten der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften». Unser Referent, Walter Honegger, teilte klar die Meinung, dass hier eine gute und pragmatische Lösung zustande gekommen sei, welche auch aus Sicht der Gesamtkosten überzeugte. Dass wir als Kanton hier von einem umzubauenden Mietobjekt sprechen, ist wohl der einzige Wermutstropfen, zumal unsere Strategie Eigentum vor Miete heisst. Der Objektkredit wurde schliesslich einstimmig angenommen.

Auch bei nächsten Vorlage «Objektkredit für die Übertragung der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, Zürich, in das Verwaltungsvermögen» herrschte weitgehende Einigkeit. Was jedoch nicht angehe, so Walter Honegger, sei die Tatsache, dass das eigentlich noch junge Gebäude mit Jahrgang 1994 für 20 Mio. Franken renoviert werde. Wenn man sich vor Augen führe, dass das Gebäude vor 12 Jahren durch den Kanton für 19 Mio. gekauft wurde und jetzt eine Sanierung mit 20 Mio. Franken durchgeführt werde, sei dies schon ein unglaubliches Vorgehen. Trotz dieser negativen Anmerkungen stimmte die SVP der Finanzübertragung in der Höhe von knapp 37 Mio. Franken zu.

Linksgrüner Verkomplizierungsanstoss

Anschliessend war fertig lustig, stand doch mit dem linksgrünen Postulat «Kreislaufwirtschaft bei Beschaffungen» ein rein ideologisches Ansinnen an. Paul

Mayer brachte es ungeschminkt auf den Punkt, als er meinte, dass das wieder einmal ein weiterer Versuch der Grünen sei, den Staatsapparat noch weiter aufzublähen und Abläufe noch komplizierter zu machen. Eine ressourcenschonende Produktion mit ebensolchen Materialien liege doch im Interesse eines jeden Produktionsbetriebes.

Dafür müsse der Kanton Zürich und dessen Verwaltung weder regulieren noch steuern, weil das auch ohne Staat hervorragend funktioniere. Beim Einkauf in einem Betrieb liege bei jedem Unternehmer zuerst der Fokus auf der Funktionalität und Langlebigkeit. Es sei doch selbstverständlich, dass Produkte gekauft würden, für die Ersatzteile sichergestellt und möglichst rasch geliefert werden können. Es sei ein schlechter Witz, wenn die von den Grünen geforderten Produkte zuerst um die halbe Welt gekarrt werden müssten. Wenn man etwas für die Umwelt tun wolle, solle man schlicht den Staat nicht weiter aufblähen. Deshalb sei dieses grüne Postulat fachgerecht auf dem Kompost zu entsorgen.

Unnötiger Profilierungsversuch

Am Schluss stand noch ein Profilierungsvorstoss der FDP in Form des Postulates «Landfill Mining – Deponien als Ressourcen» an. Das Postulat fordert vom Regierungsrat, dass alles, was wirtschaftlich wiederverwendet werden kann, wieder zurück in den Kreislauf gelangen soll. Unser Sprecher, Urs Wegmann, meinte dazu, dass es wenig sinnvoll sei, zum heutigen Zeitpunkt alte Deponien wieder zu öffnen. Gerade dort, wo die Menschen über Jahre mit dem Betrieb der Deponie belastet worden seien, dürfe niemand mit Applaus rechnen für ein solches Ansinnen.

Auf die Bevölkerung an diesen Standorten sei vielmehr Rücksicht zu nehmen. Das Potenzial im Kanton Zürich sei nicht vergleichbar mit den Orten, wo Landmining bereits betrieben oder angedacht werde. Daher dürfe davon ausgegangen werden, dass es sich auch in naher Zukunft nicht lohnen würde. Es gebe auch noch relativ wenig Erfahrung in diesem Bereich. Zeitlich bestehe kein Druck, so ein Vorhaben jetzt aufzugleisen. Es scheine, als wäre der grösste Nutzen dieses Postulates, die politische Profilierung und Anbiederung seitens der FDP.

Die SVP-EDU-Fraktion machte da aber nicht mit und lehnte deshalb dieses Postulat ab.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Wakeboarderzone geht baden



Urs Wegmann
Kantonrat SVP
Neftenbach

Aus ökologischen Gründen wollten die Grünen den Regierungsrat mit einem Postulat dazu bewegen, auf dem Zürichsee eine oder zwei Wakeboarderzonen einzurichten. Angeblich nur aus Sorge um die Biodiversität. Wellengang würde besonders am Ufer brütende Vögel und andere Organismen stören. Keinesfalls wolle man die Boote ganz verbieten wie bei den Jet-Ski. Sie seien für ein funktionierendes Nebeneinander der verschiedenen Wassernutzer. Und dafür wären solche Zonen eine gute Lösung.

In den Voten wurde dann aber doch die angeblich laute Musik auf diesen Schiffen moniert, dass sie sich nicht an die Regeln hielten und Ruderer, Standup-Paddler, Schwimmer, ja eigentlich eben doch alle, störten. Unverblümt wurde vorgeschlagen, die sollen doch auf anderen Seen ihrem Hobby frönen. Wir haben das Spiel natürlich schon vorher durchschaut: Eigentlich soll der motorisierte Verkehr auf dem Zürichsee möglichst stark eingeschränkt und längerfristig abgewürgt werden. Dies sah sogar die verbündete SP-Fraktion so und votierte erstaunlich vehement gegen das grüne Vorhaben. Ein-

zig die GLP und etwas zaghaft die EVP hielten den Grünen die Stange. Mitte, FDP und am vehementesten natürlich die SVP hielten mit überzeugenden Voten dagegen und zerpflückten die nicht haltbaren Argumente.

Würden nämlich solche Zonen eingerichtet, wären diese für alle anderen quasi tabu. Die Wakeboarder würden sich dafür selber im Weg stehen. Dass die Wakeboarder andere Nutzer stören, wurde von erfahrenen Ruderern, Schwimmern und Standup-Paddlern verneint. Sogar Rafael Mörgeli, seines Zeichens überzeugter Nichtsportler, brachte sich in die Diskussion ein und bestätigte, dass ihm lärmässig nur die Kursschiffe auffielen, nicht aber die Sportboote. Dass die Biodiversität durch bereits bestehende Regeln wie den 300-Meter-Uferabstand und Schutzzonen bereits gut geschützt ist, leuchtete auch allen Nichtgrünen ein.

Einig war man sich einzig darin, dass der See an einigen Tagen übernutzt ist. Unser Hinweis, dass dies direkt mit dem ungebremsten Bevölkerungswachstum zusammenhängt, wurde wie immer mit höhnischem Gelächter auf der linken Seite quittiert. Das ist nur noch peinlich. Aber was sollen sie auch sonst machen, wenn sie keine Antwort haben und auch nicht haben wollen? Was nicht sein darf, das kann nicht sein. Wir werden das Gelächter noch öfters über uns ergehen lassen – im Wissen, dass sich die Wahrheit nicht ewig weglachen lässt!



Wakeboarden nur noch in speziellen Zonen? Der grüne Vorstoss blieb chancenlos.

Bild: Wikipedia

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Föderalismus als Grundlage des schweizerischen Erfolgs

Der Föderalismus ist nicht nur ein politisches System, sondern ein wesentlicher Bestandteil der schweizerischen Identität. Seine Wurzeln reichen tief in die Geschichte zurück und prägen bis heute das politische und gesellschaftliche Leben der Schweiz. Insbesondere in Zeiten, in denen der Zentralismus als Bedrohung für die gesunde Entwicklung der Schweiz erscheint, wird die Bedeutung des föderalen Systems deutlich.

Einer der ersten Schritte, die Hitler unternahm, nachdem er knapp einen Monat zuvor von Reichspräsident Hindenburg zum Kanzler ernannt wurde, war die Entmachtung der Reichsländer.

Die Schweiz hat eine bewegte Geschichte des Föderalismus hinter sich. Bereits in den Anfängen der Eidgenossenschaft waren die Kantone souverä-

ne Gebilde, die ihre eigenen Angelegenheiten regelten. Dieses Prinzip der dezentralen Entscheidungsfindung erwies sich als äusserst erfolgreich und ermöglichte es den verschiedenen Landesteilen, ihre kulturelle und politische Vielfalt zu bewahren.

Ein dunkles Kapitel in der Geschichte des schweizerischen Föderalismus war die Zeit der französischen Besatzung unter Napoleon. Dieser strebte eine zentralistische Herrschaft an und versuchte, die schweizerische Vielfalt zugunsten eines Einheitsstaates aufzulösen. Die Widerstandskraft des schweizerischen Volkes gegen diese Bestrebungen führte letztendlich zur Wiederherstellung des föderalen Staatswesens.

Der Föderalismus hat sich als Erfolgsmodell für die Schweiz erwiesen. Er ermöglicht eine effektive und bü-

gernahe Entscheidungsfindung, da die Verantwortung dort liegt, wo das Wissen über die lokalen Bedürfnisse am grössten ist. Dies fördert nicht nur die Demokratie, sondern auch die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Land.

In der heutigen Zeit sehen sich die Schweiz und insbesondere der Kanton Zürich mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die den föderalen Charakter des Landes bedrohen.

Das Rahmenabkommen 2.0 mit der EU ist ein Beispiel für die Gefahr des Zentralismus. Durch eine engere Bindung an die EU würden die Schweiz und ihre Kantone einen Teil ihrer Souveränität einbüßen und ihre demokratischen Entscheidungsstrukturen schwächen.

Durch die automatische Übernahme von EU-Recht werden kantonale

Kompetenzen im Bereich Verkehr, Gesundheit, Bildung und Finanzen zunehmend eingeschränkt und überreguliert, was die Handlungsfähigkeit der Kantone beeinträchtigt.

Napoleon erkannte bereits vor über 200 Jahren die Bedeutung des föderalen Staatsmodells für die Schweiz. Seine Worte erinnern uns daran, dass die Stärke der Schweiz in ihrer Vielfalt und dezentralen Entscheidungsstrukturen liegt:

«Euer Staat ist von Natur aus ein föderativer Staat. Es wäre unklug, dies nicht zu beachten. Die Demokratie in jedem eurer kleinen Kantone ist es, die euch von anderen Staaten unterscheidet.

Dank dieser unverwechselbaren Eigenart kann man euch auch nicht anderen Staaten einverleiben.» – Napoleon, 1803.

Der Föderalismus ist das Fundament unserer schweizerischen Identität und ein Garant für unsere Freiheit und Selbstbestimmung. Es ist daher von grosser Bedeutung, den Föderalismus als Grundlage unserer Gesellschaft zu bewahren und vor den Gefahren des Zentralismus zu schützen.

Darum kämpfen wir gemeinsam gegen ein Rahmenabkommen 2.0 mit der EU!



von
Tobias Weidmann

JASSTURNIER DER SVP AESCH

Spielend das 900-Jahr-Jubiläum von Aesch feiern

Heuer finden in Aesch Dorf Feierlichkeiten zum 900-Jahr-Jubiläum über das ganze Jahr verteilt statt. Am 13. April 2024 nun wurde ein Jassturnier für die Aescher Bevölkerung im Brunnehofsäli durchgeführt. Veranstalter war die SVP Aesch.

24 Teilnehmer klopften einen Jass nach dem anderen. Die Jass-Regeln sahen einen Schieber mit zugelostem Partner vor. Alle Trumpf-Farben, wie auch «une-ufe» und «obe-abe» zählten einfach. Gewiesen wurde nichts, auch nicht Stöck. Nach 12 Spielen und einer Passe erfolgte der Wechsel zu einem neu zugelosten Partner.

4 Passen wurden gespielt. Das heisst, in der Zeit von 14 bis 18 Uhr wurde zu 48 Spielen ausgeteilt. Die grosse Pause in der Mitte wurde rege genutzt, um sich bei der mitorganisierten Festwirtschaft mit Schweinswürstchen oder Kartoffelsalat sowie Nussgipfeln zu stärken. Der Nachmittag verging so im Fluge.



Konzentrierte Gesichter beim Jassturnier der SVP Aesch.

Bild: ZVG

Das Geschehen lief in friedlicher Atmosphäre und sehr diszipliniert ab, denn Disziplin ist eine Schweizer Tugend. Alle Teilnehmer erhielten einen Preis. Ein schöner Gabentisch war dazu vorbereitet und die Erstrangierten durften zuerst auswählen. Auf dem 1. Rang platzierte sich Annemarie Steiner mit

4111 Punkten, auf dem zweiten Markus Stalder mit 4022 Punkten und auf dem dritten Rang Willi Steiner mit 4002 Punkten. Die Rangliste kann auf der Homepage der SVP Aesch ZH eingesehen werden.

Diego Bonato, Präsident SVP Aesch ZH

SVP-STAMM IN WEINGEN

Staatsanwalt erklärt seine Arbeit

Dass der «TV-Staatsanwalt» mit seiner Tätigkeit rein gar nichts zu tun hat, stellt Staatsanwalt Moritz Lüthi zu Beginn seines Referates über seinen Beruf unmissverständlich fest.

56 SVP-Mitglieder und eingeladene Gäste folgten den spannenden Erläuterungen über die vielfältigen Tätigkeiten eines Staatsanwaltes aufmerksam. In seiner Eigenschaft als Abteilungsleiter

der Staatsanwaltschaft Limmattal/Albis gab Moritz Lüthi nebst den allgemeinen rechtlichen Funktionen seines Amtes Einblicke in persönliche, anonymisierte Fälle aus seiner Tätigkeit. Vom Kleinkriminellen bis zu bandenmässiger Geldwäscherei und Drogenschmuggel läuft vieles über seinen Tisch; dies vielfach in enger Zusammenarbeit mit der Polizei. 2023 bearbeitete die kantonale Staatsanwaltschaft 32 270 Fälle mit 13 513 Einvernahmen.

Die anschliessenden Fragen aus der Stammrunde wurden von Moritz Lüthi fachkundig, aber auch humorvoll beantwortet. Nach einem grossen Applaus konnte Interimspräsident Roland Wüthrich dem Referenten nochmals danken und den Stamm vom 9. April 2024 schliessen.



Der Vortrag von Staatsanwalt Moritz Lüthi lockte zahlreiche Besucher an.

Bild: ZVG

SVP Weiningen

GENERALVERSAMMLUNG DER SVP USTER

SVP Uster steht solide da.

Der Präsident der SVP Uster, Daniel Schnyder, zeichnete an der Generalversammlung der SVP Uster vom 10. April 2024 in seinem Jahresrückblick ein stabiles Bild der Ustermer Ortssektion. Die Mitgliederbasis konnte 2023 mit mehr Ein- als Austritten gestärkt werden.

Nationalratswahlen 23

Der Rückblick des Präsidenten galt auch den Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023. Mit Anita Borer figurierte ein Mitglied der SVP Uster auf der Nationalratsliste. Sie erzielte ein sehr beachtliches Ergebnis und konnte vom Listenplatz 17 um zwei Listenplätze vorrücken. Die SVP erreichte in Uster einen Wähleranteil von 25,19% und lag damit nur knapp unter dem kantonsweiten

Wähleranteil von 27,35%, was ein gutes Ergebnis für eine Stadt wie Uster ist, die immer urbaner wird.

Bei den Abstimmungen im November 2023 fehlten der von der SVP Uster initiierten «Parkplatzinitiative» weniger als 300 Stimmen zum Erfolg. Die Initiative sah einen Erhalt der Parkplätze insbesondere im Stadtzentrum vor. Hingegen erreichte die SVP Uster mit dem Referendum gegen die neuen Stromgebühren einen Grosse Erfolg. Sie war gegen alle anderen Parteien angetreten – und die Stimmbewohner folgte mit 54% der Stimmen der Empfehlung der SVP. Die Einführung der neuen Gebühren konnte verhindert werden. Das zeigt, dass sich ein engagierter Wahlkampf lohnt.

Wechsel im Vorstand

Die kompetente politische Arbeit von Barbara Schäufole-Keel, welche sich acht Jahre im Gemeinderat engagierte, wurde verdankt. Verdankt wurde auch die Arbeit der weiteren – übrigens vollständig anwesenden – Parteivertreter in den verschiedenen Funktionen. Der Vorstand um Präsident Daniel Schnyder, Carole Ott-Moennig, Regula Borer und Patrick Borer wird fürs neue Vereinsjahr ergänzt: Gewählt wurden Dominik Bischoff als neuer Kassier sowie Stefan Sala als neuer Aktuar. Alexandra Pfister war im laufenden Vereinsjahr aus dem Vorstand zurückgetreten. Nach den ordentlichen Traktanden an der gut besuchten Generalversammlung im Forsthaus Mühleholz in Wermatswil folgte ein Referat von Nationalrat Benjamin Fischer zur «Lage der Nation». Fischer ging aus einer nationalen Perspektive auf die «drängendsten Probleme» ein.

Er benannte die Handlungsfelder Sicherheit, Neutralität, Unabhängigkeit, Finanzen und Energie. Fischer zeigte gekonnt die Zusammenhänge auf und legte dar, weshalb es das volle Engagement der SVP braucht. Die anwesenden Mitglieder zeigten sich dann auch motiviert, für die Positionen und Werte der SVP einzustehen. Angesichts der grossen Herausforderungen, welche der Schweiz und auch Uster bevorstehen sowie der politischen Mehrheitsverhältnisse in Uster braucht es mehr denn je eine starke SVP.



Nationalrat Benjamin Fischer mit dem Vorstand der SVP Uster.

Bild: ZVG

Vorstand der SVP Uster

GV DER JUNGEN SVP DES KANTONS ZÜRICH

Neuwahl des Präsidiums und des Vorstandes

Die Junge SVP Kanton Zürich hat am Samstag, 13. April, Naemi Dimmeler mit einer überzeugenden Mehrheit als neue Parteipräsidentin gewählt. Die 23-Jährige aus Ellikon an der Thur war bereits im kantonalen Vorstand engagiert und ist ebenfalls Vorstandsmitglied der SVP Bezirk Winterthur. Sandro Strässle übergibt sein Amt, nachdem er die Anti-Chaoten-Initiative unserer Jungpartei zum Teilerfolg führte, einer neuen Generation. Die neugewählte Präsidentin findet bei ihrer Antrittsrede klare Worte: Vor der Jungen SVP liege viel Arbeit. Der Woke-Culture müsse die Stirn geboten werden. «Ein freies Volk muss sich nicht vorschreiben lassen, wie es redet, sich kleidet oder sogar was es isst.» Die Junge SVP werde weiterhin Klartext reden und die Freiheit verteidigen. Auch die präkäre Sicherheitslage im Kanton Zürich

wird angesprochen. Die Statistiken zeigen nämlich, dass die Kriminalität explodiert. Allein die Anzahl der Messerattacken hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Unsere Jungpartei werde dieser besorgniserregenden Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Kanton sollen sich sicher fühlen dürfen. Neben Sandro Strässle wurden auch Rico Vontobel und Thierry Gossweiler als langjährige Vorstandsmitglieder mit grossem Applaus verabschiedet. Die Junge SVP Kanton Zürich bedankt sich für ihren unermüdlichen Einsatz für die Jungpartei.

Der neugewählten Präsidentin und dem neuen Vorstand wünschen wir bei der Ausübung ihrer Ämter viel Erfolg und Freude.

Vorstand der Jungen SVP



Der Vorstand der JSVP Kanton Zürich mit der neuen Präsidentin Naemi Dimmeler (vorne, Mitte).

Bild: ZVG

öffentliche Veranstaltung · Eintritt frei

30. CHURFIRSTENTAGUNG

Thurpark · Volkshausstrasse 23 · 9630 Wattwil SG

Freitag, 3. Mai 2024

Türöffnung um 19.00 Uhr

Referat ab 20.00 Uhr

Referat von Parteipräsident Marcel Dettling:

«Schweiz, wohin?»



musikalische Umrahmung durch Schmittechörli Necker

grosse Verlosung

es lädt ein: SVP Kanton St. Gallen



www.svp-sg.ch

ABWRACKUNG DER DEMOKRATIE

Ein Gespenst geht um – das Gespenst des Richterstaats

Im In- und Ausland ist eine beunruhigende Tendenz zu beobachten: Immer häufiger werden politische Entscheide von Gerichten gefällt, und immer offener treiben Richter Politik.



René Truninger
Kantonsrat SVP
Effretikon

Wir bewegen uns zunehmend zum Richterstaat hin. Selbst ein behaupteter Notstand reicht mittlerweile, um so wichtige Rechte wie die Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit ausser Kraft zu setzen.

Richter kassieren Volksentscheid

Nun hat diese Entwicklung auch unser beschauliches Illnau-Effretikon erreicht. Ein Gericht kassierte einen Volksentscheid. Was ist passiert? Seit über 12 Jahren wird darum gerungen, ob anstelle

der heruntergewirtschafteten Liegenschaft Usterstrasse 23 ein Dorfplatz mit Mehrwert für die Bevölkerung entstehen soll.

Nach langem Hin und Her forderten endlich 600 Stimmberechtigte mittels Volksinitiative einen Entscheid. Dieser erging im November 2020. 55,3 % der Stimmberechtigten sprachen sich für die Realisierung eines Dorfplatzes aus. Das erwähnte Gebäude sei deshalb aus dem Inventar schützenswerter Objekte zu entlassen.

Und, als bräuchte es eine Bekräftigung des Volkswillens, wurde auch der Gegenvorschlag, der eine Renovierung des Objekts zum Ziel hatte, verworfen. In der Folge sprach sich auch unser Stadtparlament für den Abbruch aus.

Seltene Begründung

Damit wollte sich der Zürcher Heimatschutz (ZVH) nicht abfinden. Dieser Verein, der kein Problem mit der Verhandlung unserer schönen Landschaft mit Windrädern hat, legte Rekurs ein. Mit Erfolg! Mehrheitlich linksgrüne Richter des Verwaltungsgerichts stimmten im Sinne des linksgrünen NGO. Was für eine Überraschung!

Aufhorchen lässt allerdings die Begründung: Erstens sei die Bevölkerung gar nicht zuständig und zweitens sei der Volksentscheid nicht klar genug ausgefallen. Hatten wir nicht in unserer grossen Nachbargemeinde Winterthur schon Wahlen, bei der eine einzige Stimme den Ausschlag gab?

Wer ist der Souverän?

Offenbar ist den Haltungsrichtern der innere Widerspruch in ihrem Urteil nicht aufgefallen. Warum äussern sie sich überhaupt zum Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmen? Sollte der Entscheid, wie sie behaupten, tatsächlich nicht in die Kompetenz der Stimmberechtigten fallen, ist das Resultat vollkommen unerheblich. Allerdings hätte dann bereits die Zulässigkeit der Volksinitiative bestritten und vom Bezirksrat festgestellt werden müssen.

Die Angelegenheit wird nun durch die Instanzen ziehen, und so stellt sich die Frage, wie souverän der Souverän tatsächlich ist, wenn Richter jeweils das letzte Wort haben.



Angriff auf die Demokratie: Richter agieren zunehmend als Gesetzgeber.

Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

BEZIRKSRAT DES BEZIRKS PFÄFFIKON GIBT DER SVP RECHT

Sozialdienst des Bezirks Pfäffikon trickst Volksentscheid aus

Im Jahr 2020 hatten die Stimmbürger des Bezirks Pfäffikon gegen die Zusammenlegung der Sozialdienste an einem Ort in Pfäffikon gestimmt. In der Folge focht sich der Zweckverband Soziales des Bezirks um diese Abstimmung und plante gezielt einen Ausbau am selben Ort ohne Volksabstimmung. Daniel Huber, Fraktionspräsident der SVP Illnau-Effretikon, wehrte sich und bekam vor dem Bezirksrat mit einem Stimmsrechtsrekurs in sämtlichen Punkten recht.



Reinhard Wegelin
alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH

Der Zweckverband Soziales Bezirk Pfäffikon, über den alle zehn Gemeinden des Bezirks die Gemeindeaufgaben des Sozialdienstes zusammengefasst haben, ist im letzten Jahr mit einem Teil der Geschäftsstellen in die neuen Räumlichkeiten an der Sophie-Guyer-Strasse 9 in Pfäffikon eingezogen. Fast gleichzeitig beschlossen die Verbandsgemeinden, in zweiter Etappe mit den weiteren Geschäftsstellen ebenfalls in die Sophie-Guyer-Strasse 9 zu ziehen und damit alle Geschäftsstellen im Bezirk zusammenzulegen. Dies, obwohl die Stimmberechtigten des Bezirks im Jahr 2020 mit 11 218 Nein zu 5025 Ja genau dieses Ansinnen abgelehnt haben.

Verstösse gegen Finanz- und Gemeinderecht

Gegen die schlecht kommunizierten Beschlüsse des Zweckverbands reichte Daniel Huber eine Stimmsrechtsbeschwerde ein. Unterstützt wurde er dabei von der SVP-Bezirkspartei und ihrem Präsidenten, Kantonsrat Paul von Euw. Der Beschwerdeführer und die SVP waren klar der Ansicht, der Zweckverband hätte gegen das Zerstückelungsverbot laut Gemeinderecht und gegen das Finanz- und Kreditrecht der Gemeinden verstossen. Es handle sich nicht um eine gebundene Ausgabe und der Zusammenschluss der Geschäftsstellen an einem Ort sei als wesentliche Zweckänderung zu werten.

In seinem Beschluss vom 8. April 2024 hob der Bezirksrat Pfäffikon den Be-

schluss des Sozialdienstes des Bezirks Pfäffikon (SDBP) in Sachen «Kreditbewilligung neue Geschäftsräume für den Sozialdienst Bezirk Pfäffikon» auf und gab dem Rekurrenten in allen Belangen recht. Die kreditrechtliche Zustimmung liege bei der Stimmbewölkerung.

Kontrollmechanismen haben versagt

Weiter steht im Rekursentscheid, der Zweckverband wersetze sich dem Zerstückelungsverbot nach §110 Gemeindegesetz und das etappenweise Vorgehen verstosse gegen geltendes Recht. Genau dieses Vorgehen, welches auch «Salamitaktik» genannt wird, wurde durch den Rekurrenten bemängelt. Es ist für die SVP Bezirk Pfäffikon nicht nachvollziehbar, weshalb der SDBP bewusst gegen seine eigenen Statuten und insbesondere gegen das übergeordnete Gemeinderecht verstossen hat und die zuständige Rechnungsprüfungskommission (RPK) sowie die Verbandsgemeinden dies mehrheitlich billigten. Allem Anschein nach haben sämtliche Kontrollmechanismen versagt und ebneten so den Weg für das widerrechtliche und undemokratische Vorgehen.

Das Urteil des Bezirksrats wird offenbar vom Zweckverband nicht ans Verwaltungsgericht weitergezogen. Das zeigt, dass das Vorgehen des Gremiums unter Führung des grünen Pfäffiker Gemeinderates Lukas Weiss rechtlich wirklich auf tönernen Füßen steht.

Wie weiter?

Der Bezirksrat hat einen Umzug weiterer Sozialdienststellen verboten. Allenfalls muss über ein neues Projekt wieder eine Volksabstimmung befinden. Bis es aber soweit ist, muss sich der Zweckverband neu organisieren und auch Experten in Gemeinderecht bei-

ziehen. Ausserdem ist die Kommunikation dieses von Steuergeldern lebenden Zweckverbandes massiv zu verbessern. Sollten solche Massnahmen nicht greifen, schliesst die SVP-Bezirkspartei in einer Medienmitteilung eine Initiative zur Mitsprache der Bevölkerung nicht aus.

Recht muss gewahrt bleiben

Die Urnenabstimmung als Ausdruck des Volkswillens gilt auch dann, wenn die Behörde selbst von ihrem Antrag überzeugt ist. Es zeuge von einem höchst undemokratischen, wenn nicht arroganten Verhalten, wenn eine Behörde absichtlich und bewusst widerrechtlich die Bevölkerung austrickt, meint die SVP weiter. Das Recht muss gewahrt werden. Dies auch bei organisatorisch und finanzrechtlich sehr undurchsichtigen Zweckverbänden. Falls notwendig, muss auch die kantonale Gesetzgebung entsprechend angepasst werden.



Dunkle Wolken über Pfäffikon: Im Luxusbau darf der obere Stock nicht vom Zweckverband benutzt werden.

Bild: ZVG

DIE SCHWEIZ HAT ES GUT

Grosse und kleine Probleme



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

In der Schweiz herrschte letzte Woche ganz grosse Aufregung. Anscheinend ist Ungeheuerliches, Unvorstellbares, Unerklärliches geschehen. Was ist dieses riesige Problem, dass die Journalisten, die Politiker, aber auch die übrigen Mitbürgerinnen und Mitbürger beschäftigt? Der Böög am Zürcher Sechseläuten konnte nicht angezündet werden. Der Wind wehte zu stark, und man wollte weder Menschen noch Tiere noch die umliegenden Gebäude gefährden. Die Aufregung über den einzigartigen Vorfall, wie ihn die Geschichte des Sechseläutens noch nie erlebt hat, war riesig.

Gleichzeitig lesen wir von einem riesigen Angriff von Raketen, Marschflugkörpern und Drohen des Irans auf Israel. Männer, Frauen und Kinder verbrachten schlaflose Stunden und Tage in Luftschutzkellern. Glücklicherweise konnte der Luftschilder über dem Land den Beschuss weitgehend unschädlich machen. Auch amerikanische Streitkräfte mischen mit. Mittlerweile hat Israel Gegenschläge geführt und seinerseits Raketen in den Iran abgefeuert. Die Gewaltspirale dreht weiter. Gleichzeitig muss im Gaza weiterhin die Terrororganisation Hamas bekämpft werden – unter Inkaufnahme des Todes vieler unschuldiger israelischer Soldaten und palästinensischer Opfer. Und in der Ukraine tobt weiterhin der Krieg, immer noch mehr Menschen werden

getötet; die Grossmächte stehen dahinter.

Aber in der Schweiz ist ein nicht verbrannter Böög auf seinem Holzstoss das Hauptthema. Haben wir eigentlich so viel Glück verdient? Höchstens dann, wenn wir Sorge tragen, dass es so bleibt, wie es ist. Und das funktioniert nur dann, wenn wir unsere immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität erhalten und uns sowohl von fremden Militärbündnissen fernhalten als uns auch nicht in «fremde Händel» einmischen.

E gfreuti Wuche!



Präzedenzlos: Der Böög blieb dieses Jahr am Sechseläuten unbeschädigt.

Bild: Wikipedia

1. Mai Veranstaltung

der SVP/BGB Meilen

Einladung zur öffentlichen Podiumsdiskussion

«Der Wolf: Feind der Nutztierhalter oder ein nützliches Wildtier?»

bei der

Familie Anna & Edwin Bolleter
Schumbelstr. 39, 8706 Meilen

Mittwoch, 1. Mai 2024

Eintreffen um 10.30 Uhr, Podium 11.00 -13.00 Uhr,
bis 16.00 Uhr Festwirtschaft

Für's Gemüt und Verpflegung wird gesorgt.

Moderation: Reto Brennwald,
ehemaliger Arena Moderator

Contra



Thomas Knutti
SVP- Nationalrat
BE

Pro



David Gerke
Geschäftsführer der
Gruppe Wolf Schweiz

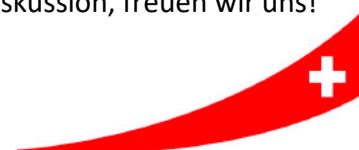


Walter Grass
SVP-Grossrat
GR



Thomas Wirth
GLP-Kantonsrat
ZH

Auf eine interessante
Podiumsdiskussion, freuen wir uns!



Fadegrad



von
Tumasch Mischol

Kinderbücher unter Woke-Beschuss

Ich habe meinen Kindern beim Zubettgehen oft vorgelesen. Pippi Langstrumpf, Mary Poppins, Jim Knopf oder das kleine Gespenst – alles Klassiker der Kinderliteratur. Sie haben es geliebt, in diese Geschichten einzutauchen und mitten im Geschehen zu sein. Nun muss ich feststellen, dass diese Literatur mit allem Möglichen korrekter Überarbeitung erhalten. Jim Knopf, der kleine, schwarze Held, der mit Lukas, dem Lokomotivführer allerlei Abenteuer erlebt mit Scheinriesen oder Halbdrachen. In der überarbeiteten Buchversion ist Jim Knopf kein «schwarzes Baby» mehr, sondern ein «kleines Baby». Die Optik des Kinderbuchhelden wurde auf den Zeichnungen angepasst. Er hat nun einen helleren Teint und schmale Lippen. Jim Knopf hat neu auch keine Pfeife mehr im Mund. Jetzt werden Stimmen laut, welche beim kleinen Jungen frauenverachtendes Verhalten sehen. Ein kleiner rauchender Chauvinist, der dem Rassismus ausgesetzt wurde, soll nun endlich fürs woke Kinderzimmer fit gemacht werden. Aus meiner Sicht wird der laufende Diskurs über Kinderbücher immer absurder. «Das kleine Gespenst» von Otfried Preussler war ein weisses Gespenst und wohnte im Kirchturm. Nachdem die Turmuhr repariert wurde, wurde es nicht mehr um Mitternacht geweckt, sondern um 12 Uhr mittags. Dem Sonnenlicht ausgesetzt wurde es schwarz. Das Gespenst wollte wieder weiss werden. Der Plot der Geschichte gibt nun genügend Raum für rassistische Gedanken. Aber vor allem für Menschen, die nur schwarz-weiss denken können. «Mary Poppins» von Pamela L. Travers aus dem Jahr 1934 ist eine wahre Vorlese-Perle. Nun stehen nicht nur das Buch, sondern auch der Disney-Film von 1964 unter Rassismus-Verdacht. Eine der berühmtesten Szenen: Mary Poppins, die Kinder und die Schornsteinfeger tanzen auf den Dächern Londons. Titel 2019 in der New York Times: «Mary Poppins und das schamlose Kokettieren einer Nanny mit Blackface». Seit einigen Wochen empfiehlt das Britische Gremium für Filmklassifizierung (BBFC), dass Kinder den Film nur unter elterlicher Aufsicht sehen sollten. Dies, weil in zwei Szenen der Begriff «Hottentotten» verwendet wird. Vorurteile verschwinden nicht mit Tabuisierung und Verboten. Eine Auseinandersetzung mit all diesen Themen wird so verhindert. Es ist doch so, beim Vorlesen werden Kinder mit dem Guten und Bösen, mit Witzigem und Traurigem oder mit Fantasie und Anarchismus vertraut. Ich habe all diese Bücher im Original vorgelesen, mit den Kindern aber auch verschiedene Passagen diskutiert. Und siehe da: Meine Kinder paffen keine Pfeifen und sie wissen beispielsweise um die «verteufelten» Begriffe in ihrem historischen Kontext. Vor allem haben sie eines: wunderbare Geschichten miterlebt.

LINKSGRÜN MÖCHTE TEMPO 30 AUF HAUPTVERKEHRSACHSEN

Die Argumente für Tempo 30 auf dem Prüfstand

Was ist Strassenverkehrslärm und wie wird er effektiv verursacht? Strassenverkehrslärm ist Lärm von vorbeifahrenden Fahrzeugen auf öffentlichen Strassen.



Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Geräusche infolge technischer Manipulationen am Fahrzeug, wie zum Beispiel der Einbau einer Auspuffklappe etc., verursachen auch unnötigen Lärm, werden aber meistens falsch interpretiert. Auch das Verhalten des Fahrzeuglenkers vor allem im Hinblick auf die Gangschaltart und Motordrehzahl ist ausschlaggebend. Weitere wichtige Einflussfaktoren für die Schallausbreitung sind die Kombination von Reifen und Fahrbahnbelag.

Die Hauptgeräusche sind Antriebsgeräusche von Motor und Getriebe sowie Reifen respektive Fahrbahngeräusche, die von Reifen und Fahrbahn abhängig sind. Ein moderner geräuschmindernder Strassenbelag kann um bis zu 7 dB leiser als der Referenzbelag sein. Das heisst: Nach Einbau erzielen die wirkungsvollsten Beläge Lärmreduktionen von über 7 dB, was mehr als einer Reduktion um 75 % der Verkehrsmenge entspricht.

Tempo 30 bringt Gefahren

Es besteht jedoch der zeitgeistige politische Trend, Tempo 30 ohne umfassende Prüfung anderer Lösungen einzusetzen und damit die generelle Regel von Tempo 50 langsam zur Ausnahme zu machen.

Bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h besteht die Möglichkeit, Radfahrer zu überholen. Bei 30 km/h ist die Differenzgeschwindigkeit so gering, dass das Überholen lange dauert. Der lange Überholvorgang kann in bestimmten

Situationen sehr gefährlich sein. Daher verzichten einige Autofahrer auf das Überholen, was wiederum zu Stau führt.

Den Verkehrsfluss zu fördern, finden wir gut, aber den Ansatz beim Tempolimit finden wir völlig daneben. Wir wollen zügig fahren und nicht schleichen. Dabei spielt der eingelegte Gang und speziell bei Staus das Stop-and-go eine grosse Rolle, was Lärm und CO₂-Ausstoss angeht.

Ist Verbrauch bei Tempo 30 wirklich geringer?

Treibstoffverbrauch und Emissionen hängen stark davon ab, wie oft gebremst und angefahren wird, und nicht von der erlaubten Höchstgeschwindigkeit. Tempo-30-Befürworter argumentieren zum Beispiel, dass eine geringe Geschwindigkeit gut für die Umwelt sei. Dem ist nicht so. Die Einführung von Tempo 30 führt ohne weitere Massnahmen nicht zu tieferen Luftschadstoffemissionen. Auch der Treibstoffverbrauch ist nicht prinzipiell geringer.

Nach einer Studie der Zeitschrift «Auto Motor und Sport» verbrauchen Autofahrer bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h mehr Stickoxide und haben einen höheren Treibstoffverbrauch. Der Verkehrsfluss und die Fahrweise sind also sehr entscheidend für den Lärm und CO₂-Ausstoss. Dazu kommen die verschiedene Pneu-Profile, die unterschiedliche Abrollgeräusche erzeugen.

Schaltung beeinflusst Abgasemission

Lärm und Kraftstoffverbrauch kann auch durch falsches Schalten dazu führen, dass die Umweltbelastung höher ist. Zu frühes Schalten führt zu einem Kraftverlust des Fahrzeuges. Wird hingegen zu spät geschaltet, kommt es zu höherem Benzinverbrauch und einer

grösseren Belastung der Umwelt. Ausserdem wird der Motor in diesem Fall aufheulen, was wiederum zu einer Lärmbelastung führt.

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ist der heutige Verkehr mit moderater Geschwindigkeit unterwegs. Die Vortrittsberechtigungen entsprechen der üblichen Situation und haben sich bisher bewährt.

Es fehlen die Daten

Die Gegner argumentieren, dass Unfälle mit Tempo 30 geringer seien als jene mit Tempo 50. Das kann stimmen, aber es ist kein Argument gegen Tempo 50. Hinzu kommt, dass es keine nennenswerten Zahlen gibt, die einen Vorteil von Tempo 30 zeigen. Die meisten Unfälle entstehen aufgrund der Missachtung der Vorfahrt von Fahrzeugen und der wild herumfahrenden Velofahrer und nicht aufgrund überhöhter Geschwindigkeit.

Die linken Öko-Ideologen fordern eine absolute Geschwindigkeitsreduktion. Die Fakten belegen, dass die Schweiz bereits ein umfassendes Tempolimit hat. In vielen Städten und Gemeinden der

Schweiz ist es heute üblich, dass Fahrzeuge nur noch 50 und vermehrt 30 km/h fahren dürfen.

Der Kontrolldruck steigt. Immer mehr Radarfallen werden installiert, um Temposünder zur Kasse zu bitten. Wie auf der berühmten Langstrasse, auf der in einem Monat über 17000 Lenker gebüsst wurden.

Verbot von Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen ohne Mehrheit

Es ist bedauerlich, dass sich Menschen ohne jegliche technischen Kenntnisse zu technischen Themen äussern und Dinge propagieren, die sie nicht verstehen. Es ist umso schlimmer, wenn Politiker versuchen, ihren Status zu verbessern und so ihre Wähler zu beruhigen. Als Politiker muss man einfach Botschaften transportieren, ob sie richtig oder falsch sind. Hauptsache ist, dass die Wähler das glauben.

Es überrascht nicht, wohin sich die linksgrüne Partei entwickelt hat. Der Zürcher Gemeinderat hat sich gegen ein Verbot von Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen ausgesprochen. Er lehnte am 10. April 2024 eine Initiative der SVP mit 71 zu 38 Stimmen bei einer Enthaltung ab.



Linke Argumente für Tempo 30 überzeugen nicht.

Bild: Adobe Stock

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Verstaatlichung des Wohnungsmarkts schreitet voran

Fragestunde, Wohnen für alle und die Administrativuntersuchung zur Stadtpolizei bildeten die Schwerpunkte der Parlamentssitzung vom 8. April.



Daniel Oswald
Stadtparlamentarier SVP
Winterthur

Die Administrativuntersuchung zur Stadtpolizei Winterthur wurde an der Kommissionssitzung vom 18. März 2024 offiziell abgeschlossen. Dies verkündete die Kommissionpräsidentin Renate Dürr an der Parlamentssitzung vom 8. April.

Stadtpolizei Winterthur

Leider wurde hier das Parlament an der Nase herumgeführt. Sicher wurde ein Teil korrekt aufgearbeitet. Was aber gänzlich aussen vor blieb, ist die Frage nach der politischen Verantwortung.

Der Verdacht liegt nahe, dass der vor-malige Kommandant eine Zeit lang seine Aufgabe nicht erfüllen konnte. Die zuständige politische Führung hat offenbar dann die Verantwortung nicht wahrgenommen, was zu einem Machtvakuum geführt haben dürfte, das vielleicht heute noch nachwirkt. Alle diese Fragen, die politischen Fragen, sind nicht geklärt und das ist schade. Die SVP-Fraktion ist enttäuscht.

Wohnen für alle: Stadtrat gibt nach

Das Wahlkampfinstrument der SP ist nun definitiv im Winterthurer Parlament angekommen. Mit der Begründung, Einwohner mit geringem Einkommen finden keine bezahlbaren Wohnungen mehr, treibt die Linke die Verstaatlichung des Immobilienmarktes voran. Im Februar 2022 wurde die Volksinitiative «Wohnen für alle» eingereicht.



Gescheitertes Konzept: Genf hat den höchstregulierten Mietwohnungsmarkt der Schweiz und die teuersten Mieten.

Bild: Pexels.com

Im Mai 2023 veröffentlichte der Stadtrat seinen Gegenvorschlag und das Geschäft ging zur Beratung an die Aufsichtskommission. Das Ziel der Initiative: Der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus soll in den nächsten 20 Jahren auf 25 % angehoben werden. Auch wenn der Stadtrat die Initiative ablehnt, unterstützt er die Stossrichtung der Initiative, also den aktiven Einsatz der Stadt für bezahlbare und qualitativ hochwertige Wohn- und Gewerberäume, Schutz und Erhöhung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum und soziodemografische Durchmischung.

Staatlicher Wohnungsbau hat sich nicht bewährt

Der Kern des Gegenvorschlages besagt, dass bis 2040 im Durchschnitt jedes Jahr 120 Wohnungen gebaut werden sollen.

Auch wenn die Initiative ein berechtigtes Problem aufnimmt, basiert die Lösung halt leider auf einem Grundlagentrum. Die Initianten glauben, dass wenn der Staat als Immobilien- und Wohnungsbauer auftritt, Angebot und Nachfrage keine Rolle mehr spielen werden. Beispiele wie Berlin und Genf beweisen das Gegenteil.

Die richtigen Massnahmen sind die Reduktion der Nachfrage nach Wohnungen durch Reduktion der Zuwanderung sowie die Erhöhung des Angebots durch Erhöhung der Nutzung, weniger Vorschriften, schnellere Bewilligungsverfahren, tiefere Gebühren etc. Aber von alledem ist in der Verordnung fast nichts oder gar nichts zu finden. Auch wurde der Antrag unseres Frak-

tionspräsidenten Christian Hartmann abgelehnt, dass nur in den Genuss einer solchen Wohnung kommen darf, wer mindestens zwei Jahre in Winterthur wohnt. Der nächste Schritt ist nun die Volksabstimmung.

Baugebühren erhöht

Da neu Baubewilligungen für Solaranlagen an Fassaden in Bauzonen, innen und aussen aufgestellte Luft/Wasser- und Wärmepumpen, Fernwärmeanschlüsse oder öffentlich zugängliche E-Ladestationen an bestehenden Parkplätzen per Meldeverfahren beantragt werden können, beschloss das Parlament neu eine Gebühr von 150 Franken. Damit kann eine Quersubventionierung durch das ordentliche Verfahren beseitigt werden.

Verpolitisierung des Sports

Die politische Linke schafft es auch, den Sport vollends zu verpolitisieren. Die Interpellation «Gerechte Ressourcenverteilung in der Sportförderung» ist ein weiterer Baustein dazu. Die Förderung von Frauen und Mädchen sei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Investition in die Zukunft, argumentierten die Befürworter. Wie Gaby Gisler (SVP) richtig ausführte, passt sich der Sport auf natürliche Weise den Veränderungen der Gesellschaft an und es sind keine weiteren Massnahmen erforderlich. Es wäre aber naiv, zu glauben, dass sich die Gegenseite damit zufriedengibt.

Unser Fraktionsmitglied Walter Isler eröffnete zuletzt die Fragestunde und dies nicht zum ersten Mal. Es ging und die Dauerbaustelle Oberer Graben. Insgesamt wurden 36 Fragen gestellt und beantwortet.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Beim Schutzstatus S drängen sich Massnahmen auf

Gemäss Presse kommen seit einigen Monaten vermehrt Flüchtlinge mit ukrainischen Papieren in die Schweiz, die aber offenbar nicht aus dem kriegsgebeutelten Land kommen. Die Kantonsräte Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Barbara Franzen (FDP, Niederglatt) und Christine Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) haben deshalb am 25. März 2024 eine Interpellation eingereicht.



Bei vielen, die mit dem Ukraine-Pass einreisen, handelt es sich um Angehörige der Roma. Bild: Pexels.com

Tausende Personen mit Schutzstatus S wurden in den letzten Monaten in unserem Land aufgenommen. Gemäss den Rückmeldungen der betroffenen Gemeinden, welche in kürzester Zeit Wohnraum und Beschulungsmöglichkeiten bereitstellen müssen, sprechen aber viele der Zugewanderten weder Ukrainisch noch Russisch. Offenbar handelt es sich um Angehörige der Ethnie der Roma. Ihre Papiere und Pässe sind auffällig oft von derselben Behörde und auch zur selben Zeit in derselben Gegend der Ukraine ausgestellt worden.

Die meisten wollen bleiben

Aus einer kürzlich veröffentlichten Studie des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR), des Staatssekretariats für Migration (SEM) und der Ipsos AG Schweiz, die unter 2800 ukrainischen Flüchtlingen in der Schweiz durchgeführt wurde, geht hervor, dass nur ein Drittel der Befragten in die Ukraine zurückkehren will. Aktuell geben 27 Prozent an, dass sie nicht zurückkehren wollen. Rund 40 Prozent waren unentschieden. Angesichts dieser Aussagen besteht Grund zur Annahme, dass die Mehrheit der ukrainischen Flüchtlinge nicht bereit sein wird, nach Ablauf der Geltungsdauer des Schutzstatus S freiwillig zurückzukehren.

Fragen an den Regierungsrat

1. Wie viele Personen mit Status S wohnen Stand Ende Februar 2024 im Kanton Zürich? Kennt der Kanton die Sprachkompetenzen und den Alphabetisierungsgrad dieser Personen? Wie viele Personen davon haben als Muttersprache Ukrainisch oder Russisch? Erfasst der Kanton, ob es sich um Roma handelt, und wenn ja, wie viele Personen mit Status S sind Angehörige der Roma-Ethnie?
2. Wie viele Personen haben seit Ausbruch des Krieges in der Ostukraine im Kanton Zürich den Schutzstatus S beansprucht, den Antrag zurückgezogen und Rückkehrhilfen empfangen? In wie vielen Fällen sind Personen nach Inanspruchnahme von Rückkehrhilfen erneut als Schutzsuchende eingereist? Wie beurteilt der Regierungsrat Fälle, in denen nach Inanspruchnahme von Rückkehrhilfe wieder Schutz beantragt wird? Gibt es Fälle, in welchen dieses Recht verwirkt wird?
3. Welche Massnahmen hat die Regierung vorgesehen, um die beschriebenen Missbräuche einzudämmen resp. zu verhindern?
4. Führt der Kanton Zürich auch entsprechende Umfragen zur Rückzugsbereitschaft durch? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen und Erkenntnissen?

Hat der Kanton Zürich bereits selbst Rückkehrhilfen gesprochen?

5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Meinung des Bundesrates, der Schutzstatus S sei rückkehrorientiert? Erachtet er diese noch als glaubwürdig?
6. Wie würde der Regierungsrat beim Bundesrat angemessen auf ein Szenario hin intervenieren, in welchem die Mehrheit der derzeitigen Nutzerinnen und Nutzer des Schutzstatus S nicht zur Rückkehr in ihre Heimat bereit ist?
7. Wie stellt sich die Zürcher Regierung zu einer Nichtverlängerung des Schutzstatus S für Personen aus der Ukraine nach dem Jahr 2025, sollte sich die Frontlinie in der Ukraine nicht mehr gross verschieben? Wie stellt sich die Zürcher Regierung zu einer regionalen Eingrenzung des Schutzstatus ausschliesslich auf das Kriegsgebiet resp. den Frontbereich?
8. Welche Haltung nimmt die Zürcher Regierung gegenüber dem Bund ein für den Fall, dass wegen einer militärischen Niederlage der Ukraine mit massiven Flüchtlingsströmen zu rechnen ist? Wie sehen seitens Regierung mengenmässig die «roten Linien» aus Sicht des Kantons Zürich aus?
9. Erachtet der Regierungsrat eine individuelle Prüfung nach einem allfälligen Ende des vorübergehenden Schutzes weiterhin als angezeigt, oder erachtet er eine Änderung von Artikel 76 Absatz 2 und Absatz 3 AsylG als sinnvoll, sodass bei Aufhebung des Schutzstatus S das Verfahren nach Artikel 29ff AsylG ausgeschlossen ist, damit im Sinne und Geist des Status S eine rasche Rückkehr gestärkt und gefördert wird?

SVP Kanton Zürich
Text von der Redaktion leicht gekürzt und angepasst.

IM BOOT MIT DIKTATUREN?

Weltweiter Pandemievertrag? Nein, danke!



Markus Bopp
Kantonsrat SVP
Otelfingen

Aktuell wird unter der Federführung der Weltgesundheitsorganisation WHO an einem weltweiten Vertrag zur Bewältigung von künftigen Pandemien gearbeitet. Es steht im Raum, dass die Schweiz diesen Vertrag ebenfalls mitunterzeichnet.

Er würde über verbindliches Recht und auch über Soft Law auf die Gesetzgebung der Schweiz Einfluss nehmen. Die Diskussion darüber ist hierzulande noch nicht spürbar. Aus Sicht der Schweiz wäre es ein Fehler, diesem bü-

rokratischen Monster beizutreten. Aus meiner Sicht ist es unmöglich, eine weltweite Vereinbarung abzuschliessen und daran zu glauben, dass sich die einzelnen Länder in Krisenzeiten auch daranhalten werden. Es wird oft erwähnt, dass die Schweiz die Corona-Pandemie vergleichsweise gut überstanden hat. Das war aber nur möglich, weil wir selbst und demokratisch über unsere Massnahmen entscheiden konnten. Sollte die Schweiz vertraglich an andere undemokratische oder diktatorisch regierte Länder gebunden werden, verlieren wir unsere Freiheit, um selbst zu entscheiden, was richtig oder falsch für uns ist.

Diese Entscheidungsfreiheit dürfen wir niemals aufgeben. Deshalb darf die Schweiz so einem Bürokratiemonster nicht beitreten.



Mit dem WHO-Pandemiepakt droht erneut eine Auslagerung der Gesetzgebung ins Ausland. Bild: United States Mission Geneva (Flickr.com)

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

Einladung zur Parteiversammlung

Sehr geehrte Parteimitglieder
Sehr geehrte Freunde der SVP Russikon

Zur Parteiversammlung laden wir Sie herzlich ein.

Datum/Zeit: Donnerstag, 16. Mai 2024, 19.30 Uhr

Ort: Landgasthof zur Krone, Russikon, kleiner Saal

Traktanden:

- 0 Begrüssung/Formelles
- 1 **Gemeindeversammlung vom 10. Juni 2024**
1.1 Rechnung pol. Gemeinde 2023 GR R. Alder
- 2 **Eidgenössische Volkabstimmung vom 9. Juni 2024**
2.1 Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» (BBl 2023 2285) G. Kirschke
2.2 Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» (BBl 2023 2286) G. Kirschke
2.3 Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» (BBl 2023 2287) S. Fehr
2.4 Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes) (BBl 2023 2301) D. Goldschmid
- 3 **Kantonale Volkabstimmung vom 9. Juni 2024**
3.1 Es findet keine Volkabstimmung mangels Vorlagen statt
- 4 Mitgliederwerbung
- 5 Varia

Freundliche Grüsse

David Goldschmid, Präsident Russikon, 22. April 2024

2024	Gemeindeversammlung 10. Juni	Herbst-Party 30. August	SVP-Schiessen 20./28./29. September
	Parteiversammlung 12. November	Gemeindeversammlung 2. Dezember	

Einladung

zum

Grill Plausch

bei Kurt + Elsbeth Bräm
im Basi, Dietikon

1. Mai 2024 ab 11.30 Uhr

Kommen Sie mit Ihrer Familie,
Ihren Freunden und Bekannten! Ab 14.00 Uhr
Gastredner/in aus dem Nationalrat

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

SVP Dietikon

- Cervelat, Bratwürste, Steaks
- Getränke nach Wahl
- Hofeigene Produkte
- Friedliche Preise und gute Stimmung

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Hüntwangen
Samstag, 27. April 2024, 10.00 Uhr, Parteiausflug, Treffpunkt Bushaltestelle Rössli-Tanne, Hüntwangen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-huentwangen.ch.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Dielsdorf/Neerach
Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 7. Juli 2024, SVP-Stand am Neeri-Fäscht, Dorfkern, Neerach.

Bezirk Dielsdorf/Rümlang
Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Mittwoch, 1. Mai 2024, ab 11.30 Uhr, Grill Plausch, bei Kurt und Elsbeth Bräm, Im Basi, Dietikon. Ab 14.00 Uhr mit Gastredner/in aus dem Nationalrat.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Dienstag, 14. Mai 2024, öffentliche Veranstaltung im Foyer der Heselhalle, Heselbachstr. 33, Küsnacht. Wo drückt der Schuh? Türöffnung 19.30 Uhr, Beginn 20.00 Uhr. Mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel, Kantonsrat

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Tumasch Mischol und Gemeinderat Adrian von Burg. Mit Apéro.

Bezirk Meilen/Meilen
Mittwoch, 1. Mai 2024, Eintreffen ab 10.30 Uhr, Podiumsdiskussion «Der Wolf. Feind der Nutztiere oder ein nützliches Wildtier?» 11.00 – 13.00 Uhr, bis 16.00 Uhr Festwirtschaft, 1.-Mai-Veranstaltung, Schumbelstr. 39, Meilen, mit Nationalrat Thomas Knutti BE und Grossrat Walter Grass GR, SVP, und David Gerke, Geschäftsführer der Gruppe Wolf Schweiz, und Kantonsrat Thomas Wirth ZH, GLP. Moderation: Reto Brennwald, ehemaliger Arena-Moderator. Weitere Informationen unter www.svp-meilen.ch

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Donnerstag, 16. Mai 2024, 19.30 Uhr, Parteiversammlung, Landgasthof zur Krone, Russikon. Weitere Informationen unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 30. August 2024, 19.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 31. Mai 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Thomas Aeschi.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 11. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich.

Samstag, 1. Juni 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamedingerplatz, Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 3. Mai 2024, 20.00 Uhr, Churfirs- tentagung, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschiesen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmenstetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch.

LESERBRIEF

Der letzte Rest unserer Neutralität wird am Bürgerstock geopfert

Die Vorbereitungen für eine Ukraine-Konferenz auf dem Bürgerstock sind in vollem Gang. Bundespräsidentin Viola Amherd und Aussenminister Ignazio Cassis wollen über hundert Staatschefs einladen, um über Frieden zu debattieren. Eine wichtige Person, Präsident Wladimir Putin, als Vertreter einer Kriegspartei, fehlt. Wurde er tatsächlich eingeladen? «Wir sind nicht eingeladen worden», sagt Putin. Man vernimmt keine klaren Aussagen von Bern, oder höchstens «es seien noch keine Einladungen zur Konferenz rausgegangen».

Der Ukraine fehlt es zurzeit an Waffen und Munition. Selensky wird auf dem Bürgerstock das tun, was er immer tut: betteln. Nebst der bekannten, realitätsfremden ukrainischen «Friedens-

formel» wird Selensky vor allem die Verbündeten mobilisieren, ihre Waffenlieferungen zu erhöhen. Waffenbasar am Bürgerstock in Reinkultur! Das Vorgehen erinnert an den Missbrauch der Wiederaufbau-Konferenz in Lugano Anfang Juli 2022. Unsere zwei erwähnten Bundesräte sprechen jedoch von einem «Friedensgipfel». Dabei müssen wir Schweizer erneut Angst haben, dass Cassis wieder neue Milliarden-Franken-Beträge «in die Runde wirft», die unser Land in die Ukraine überweisen wird, ohne zu wissen, woher das Geld kommt. Fünf Milliarden Franken sind es schon jetzt für den Wiederaufbau, namhafte Beträge wurden für Minenräumungen gesprochen und gegen vier Milliarden Franken kosten uns die ukrainischen Flüchtlinge jährlich, die

auch nach mehr als zwei Jahren nur wenig Bereitschaft zeigen, hier zu arbeiten.

Ohne beide Kriegsparteien am Tisch zu haben, wirkt der Friedensgipfel wie ein sprödes Verkaufsargument unserer Regierungsvertreter. Russland ist tatsächlich verärgert über die Schweiz. «Das Vorhaben sei komplett realitätsfremd», oder «die Schweiz ist ein offen feindseliges Land» tönt es aus dem Kreml. Zu Recht wird im Zusammenhang mit dieser Konferenz die Frage gestellt: «Kann das funktionieren?» Die Gipfelübung mag Selensky dienen. Umso mehr schadet dies unserem Land. Der letzte Rest unserer Neutralität wird am Bürgerstock geopfert.

Karl Meier-Zoller, Effretikon ZH

KOMMUNALE ABSTIMMUNGEN VOM 9. JUNI 2024 IN WINTERTHUR

SVP sagt 4 x NEIN zu den Stadtklima-Initiativen und JA zur Pensionskasse

Die Generalversammlung der SVP Winterthur empfiehlt die extremen Stadtklima-Initiativen zur Ablehnung. Bereits die Gegenvorschläge hätten schwerwiegende Folgen für Winterthur. Es müssten 20 Kilometer Strassen abgebrochen werden. 15 Jahre lärmige Grossbaustellen und Kosten von Hunderten Millionen Franken wären die Folge. Die SVP lehnt sowohl die Gegenvorschläge wie

auch die noch extremeren Initiativen einstimmig ab.

Ebenfalls einstimmig sagt die SVP Ja zur Stabilisierung der Pensionskasse der Stadt Winterthur. Die vorgeschlagene Lösung ist ausgewogen und finanziert die Pensionskasse nachhaltig. Durch die Anpassungen der Leistungen wird die Stadtkasse mittelfristig um vier Millionen Franken pro Jahr entlastet.

LESERBRIEF

Aufgerüttelte Welt kontra Neutralität

Ein schweres Erdbeben in Taiwan rüttelt die Erde kräftig durch, viele Menschen sterben und Elend breitet sich aus. Die Mutter Natur hat erbarmungslos zugeschlagen. Dann, ein Augenwinkern später sehen wir Bilder von mutwillig zerbombten Dörfern in Palästina und der Ukraine. Wie grotesk! Das eine ist die Natur und Urgewalt aus dem Kern der Erde, das andere einfach nur Gewalt und Hass, geprägt von Machtgelüsten. Wie können Menschen, welche einst hilflos und klein geboren wurden, nur so böse werden? Unver-

ständig und beelendend! Wir Schweizer wollen teilhaben, gleichzeitig neutral bleiben und doch haben wir uns bereits eingemischt. Wie schade, dass wir uns nicht nur auf humanitäre Werte besonnen haben. Der geplante Friedensgipfel auf dem Bürgerstock in der Zentralschweiz trübt den wunderbaren Ausblick auf Erfolg. Weil vor allem die politische Mitte und Links nicht die nötige Weitsicht hatten und unsere Werte ungeschickt vermischten. So, dass Russland unsere Schweiz als parteiisch und nicht neutral betrachtet. Total schade,

denn hätten wir uns auf die Neutralität beschränkt, hätten wir vielleicht grosse Geschichte schreiben können. So wird es eine Zangengeburt. Europa – insbesondere Deutschland – rüstet auf, stärkt zusammen mit den anderen NATO-Ländern die Ostflanke, hat Angst, dass Trump gewählt wird, und versinkt innerlich in Instabilität und Unruhe. Daher NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag, JA zur Neutralität und Frieden.

Andi Widmer, Präsident SVP Laufen-Uhwiesen

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
sekretariat@svp-zuerich.ch
www.svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Volksabstimmung vom 9. Juni 2024

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»	NEIN
2. Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»	NEIN
3. Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»	JA
4. Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)	NEIN